

NOTIFAX

20-01-2018 bis 26-01-2018

WEISSBUCH ZUR SICHERHEIT

Nach Expertenmeinung ist das mangelnde Vertrauen in die Polizei die Ursache für den Rückgang der Anzeigen

Auszug aus La Prensa 20-01-2018

Experten halten das fehlende Vertrauen gegen die Polizei für die Ursache des starken Rückgangs der Anzeigen. In ihrem Weißbuch über die Kriminalität hatte die Regierung von einer Evolution der Sicherheit seit 2007 gesprochen, nachdem sie ihr "komunitarisches, präventives und proaktives Modell" eingeführt hatte.

Nach ihren Angaben sind die Anzeigen von 139.318 im Jahr 2007 auf 68.744 bis Ende 2016 zurückgegangen. Im gleichen Maße hätten sich auch die Mord- und Diebstahlraten verringert.

Die Sicherheitsexperten Roberto Orozco und Major i.R. Roberto Samcam sind dagegen der Meinung, dass der Rückgang der Anzeigen auch damit zusammenhängen könnte, dass das Vertrauen in die Polizei gesunken sei.

Orozco meint, die Anzeigen seien nicht der einzige Parameter, mit dem man das Niveau der Kriminalität nachweisen könne, sondern auch das Ausmaß der Schäden und der Dunkelziffern.

Analyse des Iepp

Die Forscherin des Instituts für strategische Studien Iepp, Skarleth Martínez, erinnert daran, dass die letzten Umfragen ergeben hatten, dass das mangelnde Vertrauen in die Polizei einer der Gründe ist, dass die Leute keine Anzeigen erstatten.

"In den Umfragen sagen sie sogar, dass sie nicht Anzeige erstatten würden, weil sie dies für Zeitverschwendung halten, da man sie nicht angemessen betreue oder einfach nur die Anzeige entgegennehme".

Martínez hält die Veröffentlichung der offiziellen Ziffern jedoch für positiv, weil damit der Plan zur menschlichen Entwicklung 2012-2016 beendet sei und man bisher keine Ergebnisse bezüglich der Sicherheit erfahren habe. Damit könne man jetzt vergleichen, ob die Ziele tatsächlich erreicht worden sind.

Die Angaben der Regierung

Die Mordrate ist ein weiteres Thema, das von Samcam in Frage gestellt wird. In ihrem Weißbuch spricht die Regierung von 7 Morden auf 100.000 Einwohner und bezeichnet sich damit, als das sicherste Land der Hemisphäre. Samcam kritisiert, dass in dieser Statistik die Morde nicht aufgenommen wurden, die der Staat begangen hatte, wie die von La Cruz de Río Grande. Auch bezweifelt er die Aufklärungsrate von 90%, die nicht einmal in Ländern der ersten Welt erreicht werden würde.

"Die Evolution der Raubüberfälle zeigt uns bis 2008 eine steigenden Tendenz, als es 194 Raubüberfälle auf 100.000 Einwohner gab" heißt es im Weißbuch und s fährt dann fort: "Die neue Politik des Staates, die seit 2007 angewandt wurde, erlaubte es, diese ansteigende Tendenz von

Raubüberfällen umzukehren und eine fallende Tendenz beizubehalten". 2016 habe es nur noch 68 Raubüberfälle je 100.000 Einwohner gegeben.

Martínez erinnert daran, dass der Diebstahl ganz allgemein das Delikt gewesen sei, das im Jahr 2016 zugenommen hatte und von der Bevölkerung als hauptsächliche Ursache der Unsicherheit wahrgenommen wird. Darüber hinaus gebe es Gebiete, in denen die Rate weit über den 68 Diebstählen auf 100.000 Einwohner liegen würden.

NACH DEN KOMMUNALWAHLEN

FSLN hinterlässt der Opposition die Rathäuser im Bankrott

Auszug aus La Prensa 23-01-2018

"Ich übernahm das Rathaus bankrott, um nicht zu sagen zugrunde gerichtet, mit mehreren Millionen Schulden", erklärte der oppositionelle Bürgermeister von El Cuá, Isidro Irías.

Irías von der Partei CxL berichtete, er habe die Stadtverwaltung mit knapp 90.000 Córdobas übernommen, die nicht einmal reichten, die Gehälter der städtischen Bediensteten zu bezahlen.

"Stellen Sie sich vor, sie werden uns nur 21 Millionen in drei Zahlungen für den kommunalen Haushalt überweisen. Die erste Auszahlung wird 7 Millionen betragen und dabei haben wir alleine 6 Millionen Córdobas Schulden, d.h. diese Überweisung dient alleine der Begleichung der Schulden".

Hinzu käme noch, dass der scheidende Bürgermeister der Regierungspartei in den letzten beiden Monaten keine Beiträge an die Sozialversicherung überwiesen habe. Diese Beiträge müsse man jetzt ebenfalls noch bezahlen.

"Wir haben zu viele Schulden und die Fahrzeuge sind in einem üblen Zustand, bei einigen hat man sogar die Reifen abmontiert. Ein Planiergerät hat nur einen einzigen Reifen. Ein Reifen kostet alleine 17.000 Córdobas", beklagt sich der Bürgermeister der Opposition.

Man müsse jetzt Entlassungen vornehmen.

Irías erklärt, er suche jetzt nach Mitteln aus dem Ausland und versuche Kredite aufzunehmen, um die Bedürfnissen der Bevölkerung abdecken zu können.

"Ganz besonders dringlich ist es, die Wege zu reparieren, auf denen wir unsere Produkte wegbringen. Diese Wege sind vollständig zerstört und verkommen".

Irías klagt auch darüber, dass die gesamte Einrichtung des Radios Bosawas einschließlich der Antenne mitgenommen wurde.

Sie übernimmt das Amt mit Vorsicht

Gretchen Martínez, die am Dienstag ihr Bürgermeisteramt in Camoapa, Boaco, antreten wird, berichtete die Mittel dieser Gemeinde seien vom Kleinsten bis zum Größten vollständig ausgeplündert worden und das Vermögen der Kommune auf Regierungsinstitutionen übertragen worden.

Sie erklärte, sie werde kein Dokument unterzeichnen, das man ihr vorlegen werde: "Ich werde nichts unterschreiben, bevor ich nicht genau weiß, was das ist, einfach so".

Andere Rathäuser wie in Yalí, Jinotega, erbten ebenfalls von ihren sandinistischen Vorgängern eine Stadtverwaltung mit Schulden und der Übertragung von Gemeindevermögen an Regierungsinstitutionen.

"Bankrott"

"Ich habe das Rathaus total geplündert übernommen. Sie hinterließen uns Schulden, keine schriftlichen Unterlagen und in den PCs waren alle Daten gelöscht. Wir müssen nach Mitteln suchen

und sehen, was wir machen können", erklärte die neue Bürgermeisterin von Wiwilí, Jinotega, Reina Hernández, die das Rathaus von der FSLN übernommen hat.

Amtsübergabe unter anormalen Umständen

Auszug aus La Prensa 24-01-2018

Die offizielle Amtsübergabe im Rathaus von Santo Domingo in Chontales fand am Dienstag nicht statt, da der vorherige Bürgermeister Nelson Álvarez, PLC, dem neuen Bürgermeister Mauricio Martínez ebenfalls von der PLC keine Unterlagen über seine Geschäftsführung vorlegte.

Martínez beschuldigte seinen Vorgänger zusammen mit den Sandinisten die Übergabe zu boykottieren, um die finanziellen Probleme zu verduschen, die man jetzt übernehmen müsse.

Das Verhalten von Álvarez stieß auf die Kritik der scheidenden Vizebürgermeisterin Reina Isabel Salinas, die ihn beschuldigt, sich mit den sandinistischen Stadtverordneten verbündet zu haben, um einen der ihren zum Generalsekretär ernennen zu können.

Designierte Bürgermeister verzögern die Gehaltszahlungen in Waspam, Bilwi und Prinzapolka

Auszug aus La Prensa 24-01-2018

Der Umstand, dass die designierten sandinistischen Bürgermeister in Bilwi, Waspam und Prinzapolka in der Nordkaribik ihre Ämter nicht angetreten haben, führte zu großen Problemen in der Verwaltung. So wurden nach Aussagen der Vertreterin der indigenen Partei Yatama, Elizabeth Henríquez keine Gehälter mehr an die städtischen Bediensteten ausgezahlt.

Obwohl die neuen Bürgermeister in diesen Gemeinden bereits am 10. Januar vereidigt worden waren, haben sie sich bis heute geweigert, ihre Ämter von der scheidenden Yatama zu übernehmen.

"Wir von der Führung der Yatama haben das Verhalten der Bürgermeister als illegal bezeichnet. Auch wenn sie durch Betrug gewählt wurden, so müssen sie doch ihr Amt antreten, weil sie sich aber geweigert haben, sind die Rathäuser leer", erklärte Henríquez.

Die Opposition vereinigt sich in El Ayote und besetzt das Rathaus

Auszug aus La Prensa 24-01-2018

In El Ayote, Chontales, schlossen sich neun oppositionelle Stadtverordnete zusammen und besetzten das Rathaus, nachdem der neue Bürgermeister Erasmo Reyes einen neuen Gemeindesekretär hatte durchdrücken wollen, obwohl er sich in der Minderheit befindet.

Die Stadtverordneten gehören den Ciudadanos por la Libertad (CxL) und der PLC an. Bei der Besetzung wurden sie von einer großen Menge von Bürgern unterstützt.

"Die Verordneten der Partei Ciudadanos por la Libertad erklären, dass der Bürgermeister bei der Wahl des Gemeinderats keine doppelte Stimme abgeben kann, da es bei der Wahl keine Stimmengleichheit gibt", sagte die CxL in einer Presseerklärung.

In El Ayote, das mehrheitlich oppositionell ist, hat die FSLN die Wahl gewonnen, weil sich die Oppositionsparteien auf keinen gemeinsamen Kandidaten hatten einigen können.

ROBERTO RIVAS

Die PLC lud den CSE-Präsidenten nicht in den Vermögensausschuss vor

Auszug aus La Prensa 23-01-2018

Die PLC-Abgeordneten des Parlamentsausschusses für Vermögen und Transparenz beantragten die Vorladung des CSE-Präsidenten Roberto Rivas nicht, um mit ihm über die Vorwürfe der Bereicherungen zu sprechen, obwohl sie dies letzte Woche angekündigt hatten.

Die Entschuldigung der PLC-Vorsitzenden des Ausschusses, Mirta Carrión, lautete, es habe "keine Zeit gegeben", um den Fall in der 3-stündigen Sitzung vorzutragen. Außerdem hätten sie nicht genug Argumente für eine derartige Vorladung gehabt, da sie nicht berechtigt seien, sich mit dem Fall zu befassen, weil es weder von Generalstaatsanwaltschaft, noch Staatsrechnungshof Ermittlungen geben habe.

MEJIA GODOY

Carlos Mejía Godoy wird den Papst in Nicaragua bitten, das Verbot der Misa Campesina aufzuheben

Auszug aus La Prensa 20-01-2018

42 Jahre nachdem die Katholische Kirche die Misa Campesina verboten hat, wird sie sich ein Pontifex anhören. Vorgetragen wird das Lied am Samstag in der Apostolischen Nuntiatur in Peru von seinem Komponisten Carlos Mejía Godoy und einem Chor, der in Quechua singt. Bei dieser Gelegenheit wird Mejía Godoy den Papst auch bitten, dass er erlaube, die Messe auch in den Korchen Nicaragauas singen zu lassen.

Mit Genehmigung des Papstes war dieses Verbot 1976 von der katholischen Hierarchie ausgesprochen worden.

Kardinal Leopoldo Brenes erklärte, man erwarte eine diesbezügliche Anweisung des Papstes. "Ich weiß weder, ob er dort singen wird noch ob er nicht singen wird".

Mejía Godoy war von dem apostolischen Nuntius in Peru Monseñor Nicola Girasoli eingeladen worden.